LTWP-1 1. Gutes Klima – Saubere Energie

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	17.09.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 1 Klimaschutz - Energiewende

Text

Wir sind die letzte Generation, die die Weichen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und für echten Klimaschutz stellen kann. Wir müssen jetzt handeln, damit es in wenigen Jahren nicht zu spät ist. Wir sehen die Auswirkungen der Klimakrise auch hier in Rheinland-Pfalz: Die Artenvielfalt geht zurück, wir verlieren vielfältige Biotope und die Wälder sterben. Immer häufiger erleben wir Unwetter, Starkregen, Hochwasser und Dürren. Unsere Wasservorräte gehen zurück, die Landwirtschaft und die Menschen leiden unter der zunehmenden Zahl an Hitzetagen und Extremwetterereignissen.

Anstatt mutig und konsequent den Klimaschutz anzugehen, verspielt die Bundesregierung gerade unsere Zukunft. Das Kohleausstiegsgesetz der Großen Koalition kommt viel zu spät und ist viel zu teuer. Die fossilen Energiekonzerne vergolden dabei ihre dreckigen Kohlekraftwerke. So wird Deutschland die internationalen Klimaziele nicht erreichen. Wir brauchen sauberen Strom aus Erneuerbaren Energien, doch statt den Ausbau wirksam voranzubringen bremst die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise das Wachstum der Windenergie und der Photovoltaik.

Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr Klimaschutz und verfolgen das Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft. Dafür denken wir alle Bereiche zusammen. Wir wollen in Rheinland-Pfalz noch mehr erneuerbar erzeugten Strom produzieren und die Mobilitätswende weiter umsetzen. Im Dialog mit unserer Wirtschaft treiben wir die ökologische Transformation voran, um unseren Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Klimaschonendes Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die klimaschonende, ökologische Landwirtschaft werden wir weiter stärken. Außerdem brauchen wir Klimaschutz vor Ort und unterstützen dafür unsere Kommunen. Wir haben auch eine Divestment-Strategie des Landes für nachhaltige Finanzen ins Leben gerufen.

Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und erreichen und dafür in den Klimaschutz investieren. Wir wollen den Klimaschutz in die Verfassung schreiben, um ihn auf allen Ebenen besser durchsetzen zu können. Kommunen müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen. Wir werden Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt werden.

Die Energiewende ist das Herzstück des Klimaschutzes

Die Energiewende ist Herzstück für konsequenten Klimaschutz und gleichzeitig Grundlage für Arbeit und Wohlstand in unserem Land. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist zu einem Standortfaktor geworden. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau Erneuerbarer

Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen, wollen wir die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung bis 2030 verdreifachen. Damit unterstützen wir die Auftragslage im Handwerk ebenso wie die industrielle Produktion im Bereich der benötigten Klimaschutztechnologien und schaffen neue, grüne Arbeitsplätze vor Ort.

Mit einem neuen Energiewende-Plan wollen wir die Sektorenkopplung voranbringen. Denn damit Erneuerbare Energien jederzeit effizient genutzt werden können, müssen verschiedene Sektoren miteinander intelligent vernetzt werden. So kann beispielsweise Energie zur Erzeugung von Wasserstoff eingesetzt werden, wenn an sonnen- oder windreichen Tagen mehr Strom produziert als verbraucht wird. Deshalb wollen wir Power-to-X und die Erzeugung von Grünem Wasserstoff fördern. Digitale Lösungen, wie künstliche neuronale Netze bieten zudem die Möglichkeit erneuerbaren Strom intelligent zu lenken und ressourcenschonend einzusetzen. So können Erneuerbare Energien als Basis genutzt werden, um alle Sektoren, Industrie, Mobilität oder auch Wärme, miteinander zu verbinden und zu dekarbonisieren. Auch im Bereich Energieeffizienz wollen wir weiter vorankommen, denn jede eingesparte Kilowatt-Stunde ist die beste Kilowatt-Stunde.

Sonnenland Rheinland-Pfalz

Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen, um Solarenergie zu nutzen. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial ausschöpfen und die Energieerzeugung aus der Sonne deutlich ausbauen. Investitionen in die Solarenergie stärken den Klimaschutz und schonen den Geldbeutel.

Bei Neubauten und neuen Parkplätzen setzen wir daher auf eine Pflicht für Photovoltaik-Anlagen. Ebenso soll bei umfangreichen Modernisierungen von Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine dringenden Gründe dagegensprechen. Wir wollen den Einzelhandel, die Kommunen und Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre Parkplätze mit Solarcarports als Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen. Mit dem neuen landesweiten Solarkataster sorgen wir dafür, dass das Potenzial für die Nutzung der Solarenergie aufgezeigt und die Bürgerenergie gestärkt wird.

Auch auf artenarmen Grünland und ertragsarmen Ackerland wollen wir den Bau von Solaranlagen naturschutzgerecht erweitern. Mit zusätzlicher Agro-Photovoltaik lässt sich die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-PV-Flächen wird einerseits Solarstrom erzeugt und andererseits können sie weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Die Agro-PV-Anlagen schützen zudem die darunter angebauten Kulturen vor Witterungsschäden.

Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu überarbeiten. Solaranlagen unter 1 Megawatt installierter Leistung müssen ohne Ausschreibung errichtet werden dürfen. Das Bundes-Mieterstromgesetz muss nachgebessert werden, um die Installation von Solaranlagen auf Mietshäusern unbürokratischer zu machen. Wie im europäischen Recht vorgeschrieben, müssen Abgaben und Umlagen auf selbst genutzten erneuerbaren Strom gestrichen werden. Auch brauchen wir einen deutlichen Abbau von Bürokratie bei der Nutzung von Photovoltaik-Anlagen im privaten wie gewerblichen Bereich. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass das Energiewirtschaftsgesetz grundlegend überarbeitet wird. Dezentrale Speicherung und Netzausregelung sollen rechtlich ermöglicht und Bürgergenossenschaften und kleine Akteur*innen gestärkt werden.

Frischer Wind für mehr Klimaschutz

Einen großen Anteil an den Erneuerbaren Energien macht die Windenergie aus. Sie ist das Rückgrat der Energiewende. Wir werden alles daransetzen, auch weiterhin beim Ausbau der Windenergie mit vorne zu bleiben. Die Beteiligung von Kommunen und Genossenschaften wollen wir stärken.

Windenergie geht nur mit Artenschutz. Wir wollen die Genehmigungsverfahren landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können. Dafür muss der naturschutzfachliche Leitfaden zum Ausbau der Windenergie fortgeschrieben werden. Bei Genehmigungsverfahren brauchen die Kommunen mehr Unterstützung.

Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen nutzen und Altanlagen systematisch durch neue leistungsfähigere Maschinen ersetzen (Repowering). Wir überarbeiten das Landesentwicklungsprogramm im Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz, um den notwendigen Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von Autobahnen und Bahntrassen.

Unsere von der Klimakrise gebeutelten Wälder werden ohne den Ausbau der Erneuerbaren ihre Schutz-, Biodiversitäts-, Wirtschafts- und Erholungs-Funktionen nicht mehr leisten können. Wir wollen daher die Nutzung der Windenergie vor allem auf geschädigten Waldflächen in Wirtschaftswäldern naturverträglich ausbauen.

Die Möglichkeit, alte Windkraftanlagen am selben Standort mit neueren leistungsfähigeren Maschinen (Repowering) mit bestehender Infrastruktur zu ersetzen, werden wir erleichtern. Allein mit dem Austausch eines Windrades kann schnell das Dreifache an Leistung erzielt werden. Für dieses Repowering bereits bestehender Windenergie-Standorte wollen wir die starren Abstandsregeln standortgerecht aufheben. Bestehende Windparks sollen in den bisherigen Grenzen ohne Ausschreiben durch leistungsfähigere Maschinen ersetzt werden.

Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass der Ausbaudeckel für die Windenergie gestrichen wird. Rheinland-Pfalz muss bei den Ausschreibungsverfahren durch eine Regionalisierungskomponente faire Chancen bekommen und Windparks ohne Ausschreibungsverfahren errichten dürfen. Für alle Erneuerbaren Anlagen werden wir uns dafür einsetzen, dass die Eigen- und Direktstromnutzung der nicht EEG-geförderten Anlagen von der EEG-Umlage befreit werden.

Digitalisierung für die Energiewende nutzen

Immer mehr dezentrale Erzeugungsanlagen bedeuten, dass wir die Verteilung und Steuerung des Stroms neu organisieren müssen. Dazu müssen wir die dezentralen Verteilnetze stärken und intelligente Verteilnetz-Regulations-Instrumente etablieren, wie im Projekt Smart Country.

Um wetterbedingte Schwankungen bei der Erzeugung von erneuerbarem Strom auszugleichen und das Stromnetz stabil zu halten, setzen wir auf die Entwicklung von intelligenten Speichern. Damit wird überproduzierter Strom für Zeiten, zu denen mehr Strom benötigt wird, gespeichert und flexibel eingesetzt werden. Wir wollen auch die Nutzung von Bioenergie mithilfe digitaler Anwendungen flexibler gestalten. Dafür bedarf es anderer bundesgesetzlicher Regelungen. Smart Grids

und intelligente Stromnetze, müssen gefördert werden, denn damit lassen sich Erneuerbare Energien umfassend in unsere Energieversorgung integrieren. Zudem werden wir mit den Netzbetreibern ein integriertes Konzept mit dezentralen Speichern für Rheinland-Pfalz entwickeln. Smartmeter, Smartoperator, und die digitale Abstimmung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch aufeinander helfen dabei, die Stromversorgung zu sichern. Hier werden wir gezielt Forschungs- und Entwicklungsprojekte unterstützen.

Grüner Wasserstoff

Grüner Wasserstoff (Power-to-X, PtX = Nutzung von Stromüberschüssen durch die Umwandlung in andere Energieträger) bietet enorme Möglichkeiten, Treibhausgase einzusparen und unser Land klimaneutral zu gestalten. Grüner Wasserstoff kann wesentlich zu Klimaschutz, Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen in unserem Land beitragen und als Speichermedium die Versorgungssicherheit bei Erneuerbaren Energien steigern. Wir wollen die technologische Entwicklung fördern und eine landeseigene Wasserstoffstrategie entwickeln. Alle vorhandenen Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um den Grünen Wasserstoff vor Ort zu erzeugen, im Sinne der Wertschöpfung wie der Versorgungssicherheit – statt, wie die Bundesregierung, nur auf Importe zu setzen. Grüner Wasserstoff bietet großes Potenzial, um verschiedene Sektoren wie den Schwerlast-Verkehr oder industrielle Produktionsprozesse auf den Weg in Richtung Klimaneutralität zu bringen.

Als großer Chemiestandort setzen wir auf die Chancen von PtX in der chemischen Industrie, um fossile Grundstoffe zu ersetzen. Wir wollen Forschungs- und Entwicklungsstandort für PtChem und Treiber für eine nachhaltige Chemieindustrie und für Nutzfahrzeuge werden. Auch brauchen wir Innovation bei der Infrastruktur in der Wasserstoffgewinnung und bei der Wasserstofflogistik. Dazu müssen wir nicht nur Landesmittel bereitstellen und Bundesmittel nutzen, sondern auch EU-Fördermittel nach Rheinland-Pfalz lenken und Entwicklungspartnerschaften vorantreiben.

Klimaschutz vor Ort

Klimaschutz gelingt nur, wenn die Kommunen auch mit anpacken. Vor Ort werden oft im Kleinen die Weichen gestellt, die in der Summe große Auswirkungen haben. Und Klimaschutz rechnet sich – beispielsweise beim Energiemanagement in Gebäuden, wenn wir in Turnhallen auf energiesparende LED-Beleuchtung umstellen. Wir werden die Kommunen auch weiterhin beim Klimaschutz unterstützen.

Die Energieagentur berät Kommunen unter anderem, wenn es darum geht, Klimaschutzkonzepte zu erstellen, Förderkonzepte zu beantragen, E-Mobilität zu fördern oder Nahwärmenetze zu errichten. Die Energieagentur vernetzt und koordiniert die einzelnen Aktionen, Aktivitäten und Projekte im Land. Diese Stärken wollen wir weiter nutzen und die Energieagentur und ihre acht Regionalbüros ausbauen.

Digital basiertes kommunales Energie-Management und energiesparende und insektenschützende LED werden wir zum Standard machen. Dazu setzen wir die Förderung für die Kommunen fort. Außerdem wollen wir sie noch stärker darin unterstützen, eigene CO2-Bilanzen und Divestment-Strategien umzusetzen. Gemeinsam setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass alle Kommunen haupt- oder ehrenamtliche Klimaschutzmanager*innen bekommen. Im Land werden wir die Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen für den Klimaschutz unterstützen.

In Rheinland-Pfalz sollen an verschiedenen Stellen Erkundungsbohrungen zur Gewinnung von Erdöl stattfinden. Wir sprechen uns gegen neue Ölbohrungen aus. Zum Schutz des Klimas wollen wir Öl und Gas im Boden lassen. Bundespolitisch werden wir uns für eine Reform des Bergrechts einsetzen, die den Klimaschutz und die Mitsprachemöglichkeiten vor Ort stärken soll.

Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass das Land die Kommunen bei Stadtgrün-Projekten fördert, um grüne und blaue Klima- und Erholungsoasen in den Städten zu schaffen. Alle Kläranlagen mit genügend Potenzial wollen wir zur Erzeugung von Biogas und Richtung Energieautarkie umrüsten und dezentrale Wasserstoff-Erzeugung und Nutzung weiterentwickeln.

Klimaneutrale Landesverwaltung

Unserem Ziel, die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren sind wir ein großes Stück nähergekommen und werden dies auch konsequent weiterverfolgen. Neubauten des Landes wollen wir mindestens als Plusenergiehaus bauen, bei Sanierungen streben wir diesen Standard wo technisch möglich an. Alle landeseigenen Gebäude, auf denen dies Sinn macht, werden wir mit Photovoltaik und Solarthermie ausstatten. Für bestehende Gebäude in Besitz des Landes wollen wir einen Sanierungsfahrplan hin zur Klimaneutralität erstellen.

Investitionen in Erneuerbare Wärme

Gerade bei Wohn- und öffentlichen Gebäuden können wir viel für den Klimaschutz tun. Bei der Wärmewende wird das Potenzial Erneuerbarer Energien deutlich: Sie machen uns unabhängiger von fossilen Importen und erzeugen Wertschöpfung im Land. Obwohl in Berlin gebremst wird, sind wir mit der Wärmewende in Rheinland-Pfalz einen großen Schritt vorangegangen, beispielsweise mit dem Aufbau von Erneuerbaren Nahwärmenetzen. Das wollen wir fortsetzen und die Verwaltung bei der praktischen Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung mit einer EnEV-Durchführungsverordnung unterstützen.

Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung erhöhen. Eine durch das Land finanzierte kommunale Wärme- und Kälteplanung soll die Potenziale der erneuerbaren Wärmequellen und der Abwärme, beispielsweise aus Industrieprozessen, aufzeigen. Zudem braucht es Impulse, um die Wärmebereitstellung auch in bestehenden Gebäuden effizienter und auf Basis Erneuerbarer Energien zu gestalten. Damit wollen wir den Wohnbereich klimaneutral machen, der Industrie eine Absatzmöglichkeit für ihre Abwärme schaffen und Kältesenken, wie zum Beispiel Rechenzentren, mit klimaneutraler Energie versorgen. Wo es auf Landesebene möglich ist, wollen wir ambitionierte Maßnahmen im Gebäudebereich umsetzen. Es kann nicht sein, dass es ein bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz gibt und die Länder nicht ambitionierter sein dürfen. Es gilt daher, durch eine bundesgesetzliche Länderöffnungsklausel ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen.

Atomkraft? Nein, danke!

Entgegen aller Widerstände haben wir uns konsequent gegen Atomkraft und für die Abschaltung der gefährlichen grenznahen Pannenreaktoren Fessenheim, Cattenom, Tihange und Doel eingesetzt. Unser Engagement lohnt sich: Fessenheim ist im Jahr 2020 tatsächlich vom Netz genommen worden. Gegen die verbleibenden Atomkraftwerke werden wir weiterhin mit allen Mitteln kämpfen. Wir setzen uns

dafür ein, dass die Bundesregierung mit Frankreich und Belgien bilaterale Verhandlungen zur Abschaltung der grenznahen Pannenreaktoren aufnimmt. Bei grenznahen Atomkraftwerken muss auch die Bevölkerung jenseits der Grenze ein Mitspracherecht hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen bekommen und Laufzeitverlängerungen müssen mit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung einhergehen. Außerdem werden uns auf Bundesebene weiterhin für einen Exportstopp von Kernbrennstoffen in grenznahe Risikomeiler einsetzen.

Nicht zuletzt der Abriss des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich hat gezeigt, dass sich konsequenter Einsatz gegen Atomkraft lohnt. Denn die Zukunft der Energie liegt in den Erneuerbaren Energien. Sie sind nicht nur sicherer, sondern auch um ein Vielfaches billiger als die Atomenergie. Deshalb setzen wir uns weiterhin für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und konsequent gegen Atomkraft ein.

Die Strahlung des Atommülls bleibt nach dem Atomausstieg ein hohes Risiko für zehntausende Generationen. Die bundesweit ergebnisoffene Suche nach einem Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit muss in einem wissenschaftsbasierten Verfahren ablaufen, transparent und nachvollziehbar sein. Sie muss auch sicherstellen, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird und die Sicherheit aller Menschen im Mittelpunkt steht. Das fordert das Standortauswahlgesetz und dass es eingehalten wird, erwarten wir auch von unseren Nachbarländern. Die Standortsuche für ein Atommüllendlager in grenznahen Regionen in Belgien darf nicht dazu führen, dass man sich bereits informell oder stillschweigend auf einen Standort festlegt. Von der belgischen Regierung werden wir transparente Verfahren fordern und erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Nachbarländern beteiligt werden.